NR 17 FREIHEITLICH★SOZIALISTISCHE ZEITUNG FÜR KÖLN



INHALT:

Millionenspiel der Stadt Köln

KÖLN KOLLEG

Zuschüsse für leere Häuser

UND VIELES MEHR

Aufruf
an die Kölner Bürger
20.000,– DM
Oberbürgermeister
Telefon 221 2035
Oberstadtdirektor
Telefon 221 2054

KOMMUNALREFORM

MILLIONENSPIEL DER STADTVERWALTUNG

300.000 Menschen aus Hürth, Brühl, Wesseling, Rodenkirchen, Frechen, Lövenich Brauweiler, Pulheim, Sinnersdorf, Stommeln, Bergisch-Gladbach, Bensberg, Porz und anderer Kölner Landgemeinden werden nach dem Willen der Stadt nach Köln eingemeindet, ohne daß man die Betroffenen auch nur nach ihrer Meinung gefragt hat. Die Bewohner der Landgemeinden unterrichtete die Stadtverwaltung von ihren Zukunftsplänen durch eine auf Kosten des Steuerzahlers aufwendig aufgemachte Broschüre, die sie kostenlos an alle Haushaltungen verteilen ließ. Darin wird mit einer heuchlerisch-sozialen Masche ("Köln wünscht miteinander statt gegeneinander") und scheinwissenschaftlichen Argumenten verschleiert, worum es wirklich geht: ums Geld nämlich (die betroffenen Gemeinden gehören zu den reichsten in Nordrhein-Westfalen).

Zentralismus

Die Kölner Kommunalreform ist nur Teil einer bundesweiten Gebietsreform, die, wie die zuständigen Minister unverhohlen zugeben, an wirtschaftlichen Gesichtspunkten orientiert ist; diese wirtschaftlichen Gesichtspunkte aber können in einer Gesellschaft, in der Wirtschaft mit denen identisch ist, die sie beherrschen, weil sie die Produktionsmittel besitzen, nichts anderes sein als die Interessen des Kapitals. Kennzeichend für diese Reform ist ein verheerend zunehmender Zentralismus, der den bürokratischen Staatsapparat jeglicher Kontrolle durch das Volk entzieht.

„Aktion Bürgerwille"

Vor einiger Zeit bildete sich um den Rodenkirchener Gemeinderatsabgeordneten Werner Klaer (SPD) eine Bürgerinitiative, die sich "Aktion Bürgerwille" nennt und in Anlehnung an eine gleichnamige Aktion in Wattenscheid die Neuordnung durch ein Volksbegehren verhindern wollte. Trotz des Scheiterns des Volksbegehrens scheint es uns notwendig zu sein, diese Sache näher zu beleuchten, denn an diesem Beispiel wird deutlich, wie Kommunalpolitiker versuchen die Bürger und deren berechtigte Interessen für ihre Ziele (in diesem Falle die Erhaltung ihrer Macht und Pfründe, die durch die Gebietsreform bedroht sind) einzuspannen.
Klaer fand es"lächerlich, daß die Betroffenen nicht einmal nach ihrer Meinung gefragt werden" und meinte, Eingemeindung blähe den Verwaltungsapparat auf. So weit hat er ganz recht. Doch bei näherer Betrachtung wird einem schnell deutlich, wer und was tatsächlich hinter dieser Aktion steckte.

Karriere eines Volksvertreters

Werner Klaer war früher beim Bundesverteidigungsministerium, SPD-Vorsitzenderin Rodenkirchen und zweiter Kreisparteivorsitzender in Köln-Land, ausserdem ganz nebenbei Volksvertreter im Gemeinderat und im Kreistag. Gute Beziehungen zu Parteifreunden in der Kölner Stadtverwaltung verschafften ihm dann einen Posten als Oberinspektor und Sachbearbeiter im Städtischen Hauptamt, wo er u.a. die Verantwortung für das Mitteilungsblatt, die

Gebäudereinigung, die Beflaggung und das Rathausglockenspiel trug. Für diese verantwortungsvolle Tätigkeit, die er wegen "Arbeitsüberlastung" nur halbtags verrichten konnte, erhielt er trotzdem volles Gehalt (wie auch 20 bis 30 andere Bedienstete der Stadtverwaltung). Die Überlastung des armen Mannes rührte wohl daher, daß er seit 1969 zusätzlich auch noch Landtagsabgeordneter war. Durch eine Verschiebung im Stellenplan rutschte er ins Schulverwaltungsamt, wo er, wie ein dort tätiger Beamter erklärte," schon seit längerer Zeit nicht mehr gesehen wurde". Was sollte er auch da - sein Arbeitsplatz steht bloß auf dem Papier, im Schulamt hat er weder Schreibtischnoch Telefon.Sein volles Gehalt bezieht er natürlich weiter und natürlich sitzt er immer noch im Gemeinderat, inzwischen als Fraktionssprecher, und im Kreistag; und was so ein würdiger Volksvertreter für eine Auffassung von Demokratie hat, zeigt Klaers Ausspruch:" Wir sind in den Rat gewählt, hier bestimmen wir!" Als der Kommunist und Richteramtsanwärter Volker Götz sein verfassungsmässiges Recht auf Berufsausübung erhalten wollte, drohte Klaer seiner Fraktion mit dem Austritt. Soviel zur Person, denn Klaer war in seiner "Bürgerinitiative" ein wichtiger Mann. Er war der Chef seiner 26 Untergebenen und nannte sich "Bezirksorganisator". Ordnung muß ja sein.

Wer steht dahinter?

Hinter ihm ständen, wie Klaer mitteilte, sämtliche zehn Städte und Gemeinden des Landkreises - wohlgemerkt nicht die Bevölkerung, sondern nur deren gewählte Vertreter, die weniger die Interessen ihrer Wähler vertreten als die der örtlichen "Honoratioren", d.h. Unternehmer, Verwaltungsbonzen, Pfarrer, Rekroren usw.

Diese Herren wollen ihre einträglichen Machtpositionen nicht verlieren und sind deshalb dafür, daß alles so bleibt, wie es ist. Solche ländliche Klüngelwirtschaft führt gelegentlich zu Skandalen wie beim Rektor Weiler in Rondorf, der einen Schüler mißhandelte und vom Pfarrer und der Gemeinde sowie der alteingesessenen Bevölkerung gegen die Eltern des Jungen in Schutz genommen wurde, weil sich niemand das Wohlwollen des angesehenen Mannes verscherzen wollte. Die Familie des Jungen mußte den Ort verlassen. Was in Rondorf geschehen ist, kann sich so ähnlich in jeder Kölner Landgemeinde ereignen.
Da ist zum Beispiel Rodenkirchen, wo das Ratsmitglied Günther Martinsdorf erklärte, der Gemeindehaushalt sie in Ordnung; in Wirklichkeit hatte er 25% Schulden; die Bebauungspläne begünstigten offen einige Grundbesitzer. Der Hochwasserschutz und das neue Schulzentrum bleiben im bürokratischen Wirrwarr auf der Strecke.

Außer in Leverkusen wurde Klaer von keiner Bürgerinitiative seines Aktionsbereiches unterstützt. Die Bürgerinitiative Sürth/Weiß, die sich von der Eingemeindung ein Ende des Dorfklüngels verspricht, trat sogar gegen ihn auf. Klaers Bedienstete schmetterten nichtsdestotrotz aus einem Lautsprecher-Mercedes Marschmusik und "Bürgerwille"-Parolen unter die Bevölkerung der Landgemeinden, um auf die Unterschriftenlisten für den Volksentscheid hinzuweisen. Die meisten Leute in Köln-Land unterstützten diese Kampagne, weil die Eingemeindung ihnen materiell eher mehr Nach- als Vorteile bringt: höhere Steuern, Vernachlässigung von sozialen Einrichtungen und des Verkehrs, mehr Bürokratie usw.

Von einer wirklichen Initiative der Bevölkerung war jedoch nichts zu spüren. Was uns die "Aktion Bürgerwille" gezeigt hat, ist allein die traurige Einsicht, daß Bezeichnungen wie"Bürgerinitiative" und "Bürgerwille" wie auch die Forderung nach direkter Demokratie von den Herrschenden mißbraucht werden, um die Bevölkerung für ihre internen Cliquenauseinandersetzungen einzuspannen.●



KÖLN-KOLLEG

STADT BEVORMUNDET LEHRER UND STUDIERENDE

Zum 1.8.74 wird am Köln-Kolleg (Städtisches Institut zur Erlangung der Hochschulreife), eine Einrichtung des zweiten Bildungsweges, der Direktorposten neu besetzt. Der zur Zeit noch amtierende Direktor, der das Köln-Kolleg seit 15 Jahren geleitet hat, hat die altersbedingte Pensionsgrenze erreicht. Würde man geistige und pädagogische Fähigkeiten zugrunde legen, so hätte man ihn schon 1959 als Direktor pensionieren müssen. Seine selbstherrliche und autoritär-väterliche Art ist für eine Einrichtung des zweiten Bildungsweges, in der ausschließlich Erwachsene mit Berufserfahrung das Abitur nachmachen, doch ziemlich unpassend gewesen.

Nun steht der neue Direktor ins Haus. Aber trotz großer Worte von Demokratisierung und Mitbestimmung der Politiker aller Lager, haben die Studierenden und die Lehrer wie auch die Schüler, Eltern und Lehrer der Gymnasien und anderer Schulen als direkt Betroffene keinerlei Einfluß auf die Ernennung des Schulleiters, der doch wesentliche Kompetenzen hat und damit in die Geschicke der Lehrenden und Lernenden massiv einwirkt.

Kein Einfluß

Die Lehrer und Studierenden (bzw. Schüler und Eltern) können zwar ein Votum für einen Kandidaten abgeben, das jedoch keine Einwirkung auf die Entscheidung haben muß. Der Schulausschuß der Stadt Köln entscheidet sich nach seinem Gutdünken für einen Bewerber, der vom Schulkollegium in Düsseldorf dann auch in der Regel als Schulleiter eingesetzt wird.

Wie wenig das Anhörungsrecht etwas bewirkt, zeigt der Umstand, daß in letzter Zeit an sieben Kölner Schulen Direktoren eingesetzt wurden, die von Eltern, Schülern und Lehrern abgelehnt worden waren. Diese Tatsache läßt befürchten, daß auch im Falle des Köln-Kollegs Macht-, Karriere- und Parteiinteressen über die Vergabe des Schulleiterpostens entscheidende Kriterien sein werden.

Intensive Befragung

Sechs Kandidaten haben sich um die Schulleiterstelle am Kolleg beworben, darunter auch der Vorsitzende des Schulausschusses Walter Rempe (SPD). Innerhalb einer intensiven Befragung der Bewerber durch Studierende und Lehrer wurde u.a. die Frage gestellt, ob sie bereit wären bei einem negativen Votum der Betroffenen, die Bewerbung zurückzuziehen. Obwohl alle davon sprachen, sich für vermehrte Mitbestimmung



einzusetzen und von Demokratisierung redeten, bejahten nur 3 Bewerber diese Frage und handelten auch entsprechend als nicht für sie votiert wurde. Sowohl Rempe als auch der CDU-nahe Kandidat halten ihre Kandidatur aufrecht, nachdem sich Lehrer wie Studierende mit eindeutiger Mehrheit für einen anderen Bewerber ausgesprochen haben.

Mitbestimmung

Jedoch geht es den Studierenden des Köln-Kollegs nicht so sehr um die Personen dieses Dramas, sondern vielmehr um die allgemeine Misere, nämlich die undemokratische und hierarchische Struktur des Schulwesens, die solche Sachen möglich macht. Diese Situation, die Ernennung des Schulleiters von oben herab, ist ihnen nur Anlaß für die Forderung nach Mitbestimmung bei allen Entscheidungen, die die Schule betreffen.

Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen und die Mitglieder des Schulausschusses aufzufordern, ihre Mitbestimmungsversprechen in die Praxis umzusetzen, indem sie den von Lehrern und Studierenden gewählten Bewerber benennen, streikten die Kollegiaten am 4. und 5.4 dieses Jahres und versammelten sich am Nachmittag des 1. Streiktages vor dem Rathaus während der Sitzung des Schulausschusses, um mit dessen Mitgliedern zu diskutieren und eine Resolution zu übergeben. Doch schon um 16 Uhr wurde das laut Ratsverwaltung "der Öffentlichkeit zur Information zugängliche" Rathaus geschlossen Trotz der Zusage mehrere Studierende einzulassen (schließlich bequemte man sich, einen zu empfangen), um mit dem Schulausschuß zu diskutieren, ließ man die Kollegiaten 3 Stunden warten, ehe sich einige der Herren herabließen, ihnen Rede und Antwort zu stehen. Die Beratung im Ausschuß war für die Studierenden allerdings nicht öffentlich. Diese Praktiken erinnern an die ähnliche Behandlung der Bürgerinitiativen vor dem Rathaus im März letzten Jahres, die auf die gleiche Weise von den Stadtbonzen verarscht und abgespeist worden waren.

Parteipolitik

Während der Diskussion stellte sich heraus, daß die SPD, die die Mehrheit im Ausschuß hat, zur Ernennung des Ausschußvorsitzenden



STEHT ... SELBST *zur Wahl: Schulausschußvorsitzender Walter Rempe.*

Rempe, der von Lehrern und Studierenden abgelehnt wird, tendiert, wenn sie auch betont, sie habe sich noch nicht entschieden. Die CDU hat sich bereits entschieden und zwar für den Bewerber, den die Kollegiaten gewählt hatten. Elfgen von der CDU mußte allerdings zugeben, daß die CDU-Fraktion die Kandidaten noch gar nicht kenne und meinte, man sollte diese Entscheidung bei der nächsten Wahl honorieren. Also auch hier im Grunde nur eine parteipolitische Entscheidung. Solange man in der Opposition ist, redet man den potentiellen Wählern nach dem Mund, hat man Macht, so entscheidet man doch nach eigenen Interesse und Gutdünken.

Wichtig für die noch bevorstehende Auseinandersetzung mit Schulausschuß und Schulverwaltung vor und eventuell nach der Entscheidung ist die innere Geschlossenheit und die Öffentlichkeitsarbeit der Kollegiaten. Dies sind wichtige Voraussetzungen für den erfolgreichen Kampf in diesem anstehenden Problem, aber auch für die Propagierung und die Durchsetzung der Mitbestimmung und der Selbstbestimmung im gesamten schulichen Bereich. Schüler und Lehrer des ersten Bildungsweges wie auch die Eltern dieser Schüler sind ebenfalls betroffen von den selbstherrlichen Beschlüssen der Politiker jeweder Richtung, die in deren Interesse und dem des Staates gefaßt werden und nicht im Sinne der Betroffenen. Apelle, Resolutionen und Petitionen helfen da wenig. Man muß den Herren im Rathaus und im Ministerium permanent auf die Füße treten. ●

Bekanntmachung

Aufruf

an die Kölner Bürger

Gemäß des Runderlasses des Innenministeriums NRW vom 24.3.72 ist die Zweckentfremdung von Wohnraum verboten.

ES IST VERBOTEN:

- Jede andere Verwendung von Wohnraum als zu Wohnzwecken, insbesondere die Nutzung als Büro- oder Geschäftsraum.
- Die dauernde Fremdenbeherbergung, insbesondere eine gewerbliche Zimmervermietung oder die Einrichtung von Schlafstellen.
- Die Unbrauchbarmachung und der Abbruch von Wohnraum.
- Wohnraum länger als drei Monate leerstehen zu lassen obwohl eine Vermietung möglich wäre.

Die ordnungswidrige Zweckentfremdung kann geahndet werden mit einer Geldbuße bis zu

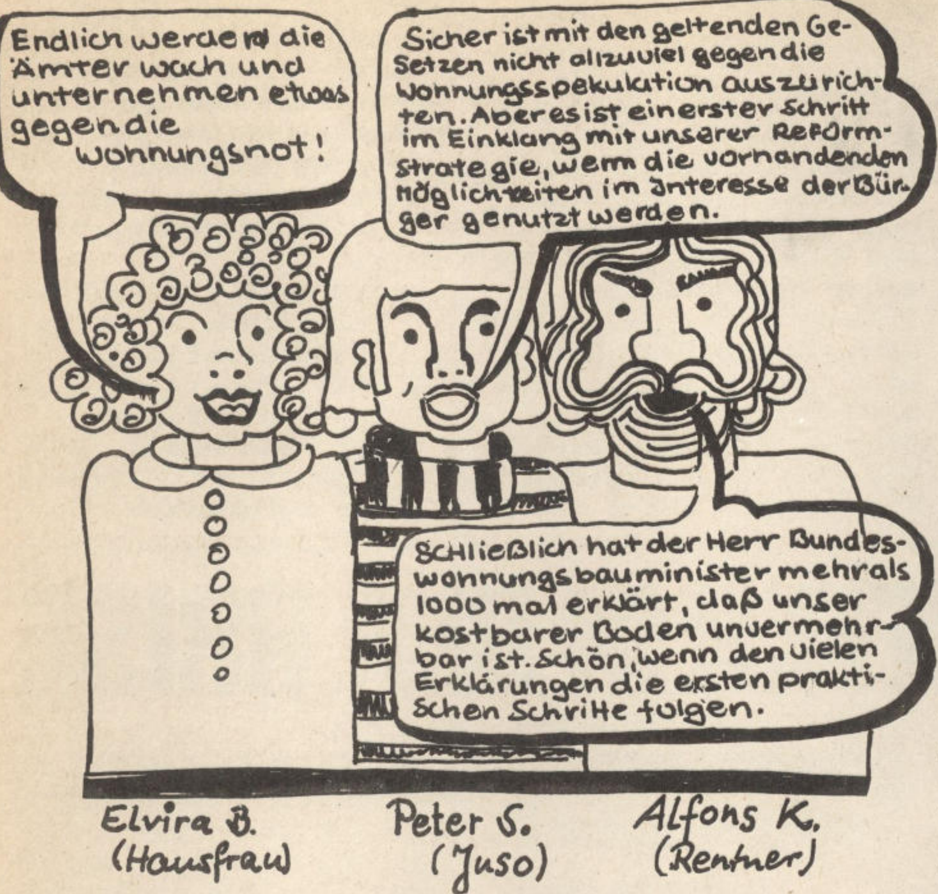
20.000,- DM

Ziel dieses Gesetzes ist es, einer Verringerung des Wohnraumbestandes und damit eine Vergrößerung der Wohnungsnotlage zu verhindern.

Alle Kölner Bürger sind daher aufgefordert, ihnen bekannte Verstöße gegen diese Verordnung an folgende Stellen zu melden:

Büro: Oberbürgermeister Telefon 221-2035

Oberstadtdirektor Telefon 221-2054



Haben Sie auch so oder ähnlich gedacht, als Sie dieses Plakat gelesen hatten? Wenn ja, dann liegen Sie ganz schön daneben und sollten in sich gehen. Denn:

1. haben Sie doch schon wieder angenommen, daß die Ämter für die Bürger da sind und nicht umgekehrt,
2. haben Sie mal wieder vermutet, die Politiker könnten etwas gegen die Kapitaleigner unternehmen, und
3. haben Sie den elementaren Grundsatz mißachtet, daß sich nur dann was ändert, wenn man selber was macht.

Diesen Grundsatz aber haben genau die Kölner Bürger beherzigt, die das fragliche Plakat gemacht und geklebt haben. Sie hatten nicht die Absicht, der Stadt Köln die Arbeit abzunehmen, sondern wollten einerseits Druck auf die städtischen Ämter ausüben und andererseits möglichst viele Mitbürger an die katastrophale Wohnungssituation in unserer Stadt erinnern.

Hoffnungsloser Fall

Wer in dieser Stadt als Normalverdiener beispielsweise mit zwei Kindern eine angemessen große Wohnung sucht,der ist echt ein armes Schwein. In der Voreifel soll es ja noch Wohnungen geben, ja selbst Kinder darf man dort angeblich noch haben. Auch die Summen für Maklerprovision,Baukostenzuschuß,Mietvorauszahlung oder Kaution sollen dort noch recht volkstümlich sein. Wenn aber nun jemand partout in seiner Heimatstadt leben will? Ein fast hoffnungsloser Fall.

Die Wohnungen werden ständig knapper. Versicherungen kaufen Wohnraum auf und zerstören ihn, siehe Werderstr.-Gladbacherstr.-Friesenviertel.

Kaufhauskonzerne dehnen sich aus und verdrängen die Anwohner, siehe Nippes.Oder Spekulanten reißen Wohnhäuser ab und bauen Büro- und Geschäftshäuser, wie es überall in der Innenstadt geschieht. Wenn die Häuser nicht direkt beseitigt werden, so wird oft genug das Leben im Viertel unerträglich gemacht, wie z.B. im Martinsviertel, daß zugunsten der Gastronomie-, Spirituosen- und Brauereiprofite zum Vergnügungsviertel gemacht wird. Die wenigen Neubauwohnungen sind durchweg unerschwinglich. In Seeberg stehen "Sozial"-Wohnungen leer, weil niemand die hohen Mieten bezahlen kann. Die Besitzer dieser Häuser gehen dennoch nicht leer aus, denn die "Öffentliche Hand" zahlt für jede dieser leerstehenden Wohnungen Zuschüsse, bis diese schließlich doch mal vermietet werden.

Behörden

Angesichts solcher Verhältnisse müßte man annehmen, daß städtische Behörden alles tun, um einer weiteren Verknappung von noch erschwinglichem Wohnraum entgegenzuwirken. Statt dessen werden großzügig Ausnahmegenehmigungen erteilt, wenn finanzkräftige Hausbesitzer Wohnraum zweckentfremden wollen. Aber in Grundstücksgeschäften, in der Vergabe von Bauaufträgen und in ähnlichen Geschäften sagt man dem Kölner Stadtrat ja sowieso eine sehr glückliche Hand nach. Als im vergangenen Jahr das letzte städtische Grundstück in der Altstadt gegen den

massiven Protest der Bewohner an die Gesellschaft "Modernes Köln" verschleudert wurde, sprach man in der Altstadt von Schiebung und Korruption. Doch hier liegt ganz sicher ein Mißverständnis vor. Die führenden Männer zweier Ratsfraktionen, die "zufällig" auch führende Positionen in der Gesellschaft "Modernes Köln" bekleiden, haben sicher für den Verkauf des Geländes an ihre eigene Firma gestimmt, um die weitere Verwendung des Grundstücks noch besser im Interesse der Bürger kontrollieren und beeinflußen zu können. Das ist sicher mehr Engagement und Einsatz als man von einem gewöhnlichen Volksvertreter erwarten kann. Spätestens hier aber wird klar, daß unsere Vertreter völlig überlastet sind. Auch die ständig steigenden Diäten und Bezüge ändern an dieser Überforderung nichts. Deshalb müssen wir alle unseren Vertretern die Arbeit erleichtern und am besten ganz abnehmen.

Deshalb: Schließt Euch den Bürgerinitiativen an.
Erkämpft die Selbstverwaltung in allen Lebensbereichen...
und...fangt mit kleinen Schritten an.
Z.B. mit dem Kampf gegen die Zerstörung von Wohnraum.●

EROS-CENTER IN DER KRISE

Seit die Kölner Bürger sich wieder am Steuer ihres Wagens im Temporausch ersatzbefriedigen dürfen, registriert das Management des Eros-Center, Hornstr. sinkende Umsätze.

Zuhälter Franz B.: "Sonst hatten mer em Fröling emmer jede Menge Freier."

Um den Krisenerscheinungen zu begegnen, beschloß das Management eine Plakataktion, um weitere Bevölkerungskreise als Kunden zu gewinnen. Eine Kölner Werbeagentur wurde mit der Gestaltung des Plakats beauftragt. Eros-Manager Eugen von A.: "Wir forderten für das Plakat die strikte Einhaltung zweier Bedingungen. 1.Der Text sollte absolut unpolitisch sein, denn mit politischen Sachen wollen wir nichts zu tun haben. 2.Der Text sollte die Triebe ansprechen, also weniger sachlich überzeugen als vielmehr die Emotionen aktivieren." Der Leser wird anerkennen müssen, daß der Plakatentwurf diese Bedingungen ausgezeichnet erfüllt.



Das Plakat ging in den Druck und die Aktion sollte anlaufen. Doch da geschah etwas schier Unglaubliches. In Kölner Stadtteilen tauchte plötzlich folgendes Plakat auf:

Machen Sie es
wie Ihr Nachbar
kommen Sie
zu uns
CDU

Eine äußerst plumpe Nachahmung, wie man sieht. Wie konnte das geschehen? Eugen von A.: "Wir hatten den Plakatentwurf zwei Tage lang bei uns im Center ausgehängt, um die optische Wirkung zu testen. Da muß so ein Ferkel die Idee geklaut haben."

Die Plakataktion mußte natürlich sofort abgeblasen werden. Damit verschärft sich die Krise des Eros-Center weiter. Eine Lehre hat Manager Eugen von A. aus dem Vorfall gezogen: "Diese Partei macht hemmungslos die freie Marktwirtschaft kaputt. Ein Unternehmer kann diese Leute nicht mehr unterstützen." Den Kommentar des Zuhälters Franz B. können wir an dieser Stelle nicht wiedergeben, da er die Androhung einer strafbaren Handlung zum Inhalt hat.●





GRÜNES LICHT FÜR MASSENTOD!



SIND VERKEHRSTOTE DAS ›KLEINERE ÜBEL?

Diejenigen, die gehofft hatten, daß sich auf den Autobahnen eine besonnene Fahrweise einstellen würde, sahen sich enttäuscht. Das angestrebte Tempolimit setzte sich nicht durch, wenn auch zur Zeit auf rund 2o % der bundesdeutschen Autobahnen unterschiedliche Tempobegrenzungen getestet werden sollen.
Die Höchstgeschwindigkeiten während der "Energiekrise" enthüllten deutlich, was die jüngsten Verkehrsopferzahlen wieder bestätigen: mit zunehmender Geschwindigkeit häufen sich die tödlichen Unfälle auf den Straßen. Stellt sich nicht angesichts dieser Tatsache die Frage, woran die Einführung einer sinnvollen Tempobegrenzung scheiterte, und wer die Umgestaltung der Friedhofsalleen in Verkehrsstraßen (die sie ja sein sollten) verhinderte.
Die Interessenvertreter der Automobilindustrie hatten diesmal ein leichtes Spiel, ihre Ansichten an den Mann zu bringen. Jahrelang wurde den Autofahrern die sportlich rasante

Schnell, schneller, Profit...

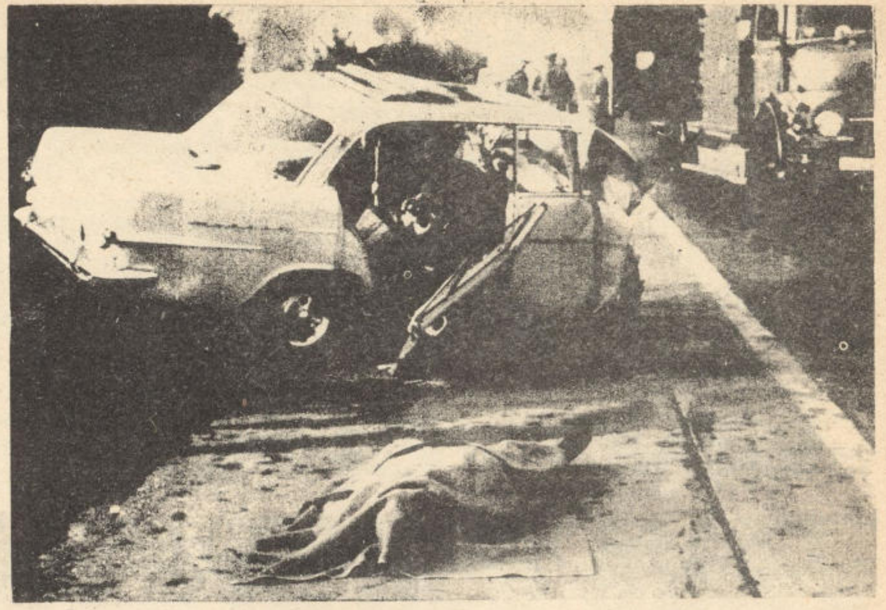
Fahrweise eingebleut; das Auto (besonders das schnelle) avancierte zum Liebling der Deutschen, je mehr PS, umso höher der soziale Status. Diese Entwicklung begünstigte die oberflächlich-einseitige Argumentation der Industrie, die von vielen Autofahrern bedenkenlos abgekauft wurde. Die Massen wurden mit Wendungen wie "einschläferndes Schneckentempo", "nervlicher Streß" oder mit Prognosen kilometerlanger Stauungen und eines trägen Verkehrsflußes irritiert, sollte sich die Geschwindigkeitsbegrenzung durchsetzen. Das schnelles Fahren gefahrlos sei, versuchte die Industrie durch ausgeklügelte Tricks und Statistiken zu belegen. Doch während der angeblichen Energiekrise ging die Zahl der Todesopfer in neun von zehn Bundesländern zum Teil erheblich zurück. Daß die Chance, einen Unfall zu überleben, bei schnellem Tempo weitaus geringer ist, steht außer Frage. Stauungen resultieren aus der Anzahl der Verkehrsteilnehmer und Verkehrshindernissen wie Baustellen usw, sie sind nicht auf Tempobegrenzungen zurückzuführen. Aufgrund der hohen Verkehrsdichte auf den Autobahnen liegt die optimale Geschwindigkeitskapazität bei 9o km/h; bei höherer Geschwindigkeit verringern sich die Sicherheitsabstände und erhöhen die Wahrscheinlichkeit tödlicher Unfälle. Erscheinungen wie das Ermüden und der Streß beruhen weniger auf der Geschwindigkeit als auf dem Autofahren schlechthin.
Das Tempo übt aber einen erheblichen Einfluß auf das Reaktionsvermögen des Fahrers aus. Selbst wenn das Reaktionsvermögen konstant wäre, verkürzt sich bei schneller Fahrt der Handlungszeitraum. Der Luftblasencharakter der Argumentation der Industrie ist also leicht einzusehen.

Freie Fahrt

Noch entlarvender ist die Besorgnis der Tempolimitgegner um den wirtschaftlichen Bankrott, der sich ihrer Meinung nach infolge des Langsamfahrens einstellen wird. Hier schoß der ADAC den Vogel ab. Mit seiner Flugblattaktion "Freie Fahrt für Autos und für die Automobilwirtschaft" schüchterte er nicht nur die Automobilfabrikarbeiter ein, sondern wollte der Regierung klarmachen, wie es um ihre Steuereinnahmen und die Vollbeschäftigung bestellt sei, müßte die Industrie mangels Absatz ihrer PS-protzigen Autos die Fabriktore schließen. Entgegen seinen Statuten und auf Kosten der Mitglieder entschied sich der ADAC, dessen Vorstand von CSU-Mitgliedern besetzt ist, für eine parteipolitische Betätigung.

Mehr Tote

Geht man davon aus, daß Automobile heute notwendige Verkehrsmittel sind, daß sie also, ob schnell oder langsam immer gebraucht werden und daß die Produktionskosten für kleine und große Typen in keinem Verhältnis zu den unterschiedlich hohen Verkaufspreisen stehen, so offenbart sich die wirkliche Motivation der Autoindustrie gegen die Tempobegrenzung: die größeren Typen lassen sich teurer handeln als die kleinen, der Profit bei PS-starken Fahrzeugen ist bedeutend größer als bei kleineren Wagen. Die Industrie fürchtet nicht den wirtschaftlichen Ruin oder die Gefährdung der Vollbeschäftigung, sondern einen Rückgang der Profite, und das ist in der "sozialen" Marktwirtschaft unzulässig, so gravierend, daß ein paar Verkehrstote mehr das "kleinere Übel" sind.



Wir meinen

Auch wir halten Geschwindigkeitsbegrenzungen nicht für das Ei des Kolumbus. Mit den Steuergeldern der arbeitenden Bevölkerung müßte der Polizeiapparat noch weiter aufgerüstet werden um durch viele Kontrollen die Einhaltung des Tempolimits zu gewährleisten. Und der Erfolg wäre immer noch fraglich. Denn solange noch Autos gebaut werden, die 18o, 2oo oder 23o km/h fahren, werden hohe Geschwindigkeiten zur Tagesordnung gehören, werden weiter Tausende Jahr für Jahr in den Tod rasen.

Besser wäre eine an den gesellschaftlichen (Verkehrs-) Bedürfnissen orientierte Planung der Automobilherstellung; wenn nur noch Autos gebaut würden, deren Höchstgeschwindigkeit auf 1oo oder 12o km/h begrenzt ist, würde sich das ganze Gerangel um Tempolimits erübrigen. Doch eine Priorität der gesellschaftlichen Bedürfnisse gegenüber den Profitinteressen der Konzerne ist in einer kapitalistischen Gesellschaft illusorisch.

IMPRESSUM

HEINZELPRESS-VERLAG
5 Köln 1
Moltkestr. 27
Tel. 24 82 22

Postscheckkonto Köln
Hans - Peter Meyer
Nr. 216528 - 5o2

Presserechtlich verantwortlich:
Heinzelpress
Redaktionskollektiv
Hans-Ulrich Dillmann
5 K 1, Moltkestr. 27

Druck: HEINZELPRESS

AMERIKANISCHE ARBEITER BESETZEN FABRIK

☆☆☆ ☆☆☆

Der beispielhafte Kampf der französichen LIP-Arbeiter zieht immer weitere Kreise. Kürzlich besetzten 200 Arbeiter die von einer Stilllegung bedrohte New Yorker Rheingold-Brauerei und erklärten, sie wollten so die Schließung verhindern und ihre Arbeitsplätze retten. Sie hatten von der Arbeiterselbst verwaltung der Uhrenfabrik LIP in Besancon gehört.

Geplante Krise

Die Rheingold Corp.beschäftigt insgesamt 1500 Arbeiter und Angestellte und gehört seit 1972 zum Pepsi-Cola Konzern.
64000 Gallonen Bier (eine Gallone rund 3,8 Liter) wurden vor einigen Wochen in die Kanalisation entleert. Trotz intensiver Werbung war der Absatz in den letzten Jahren zurückgegangen. "Die New Yorker mißtrauen einer Marke, die in ihren eigenen Mauern gebraut wird,"so lautete die Version des Rheingold-Aufsichtsrates.
Doch die Arbeiter vermuteten eher schlechtes Management. 1973 hatte Rheingold einen Verlust von 9 Mio US-Dollar aufgrund völlig veralteter und unrentabler Anlagen. Da die Neuanschaffungen zu Anfang dieses Jahres nur unwesentlich waren, hätte der Verlust für 1974 etwa 15 Mio US-Dollar ausgemacht.In der amerikanischen Öffentlichkeit hat sich zudem der Verdacht verstärkt, daß Rheingold von der Konzernführung planmäßig in die Krise hineingesteuert wurde. Pepsi-Cola - eine multinationale Gesellschaft - baute kürzlich in der Sowjetunion eine Fabrik. Die Machthaber im Kreml garantierten dem US-Konzern eine kostengünstige Produktion, weil dort die Löhne und Gehälter um einiges niedriger sind als in den USA. So lauteten denn auch die Kommentare der Rheingold-Arbeiter: "In Rußland machen sie eine Fabrik auf, und hier schließen sie", oder:" Sie wollen Pepsi-Cola verkaufen und schließen daher die Brauerei."

Bezeichnend für die "schlechte wirtschaftliche Lage" war, daß die Direktion die knapp 250.000 Liter ins Meer schütten ließ und diesen 64.000 Gallonen wären noch weitere 3 Millionen Gallonen gefolgt, hätten nicht die Arbeiter durch Werksbesetzung und einstweilige gerichtliche Verfügung das Stillegungsverfahren angehalten. Doch wie das endgültige Gerichtsurteil aussehen wird, kann man sich so ungefähr vorstellen.
Im Falle LIP haben sich die Gericht auf die Seite des Kapitals und des Staates gestellt. In New York wird es nicht anders sein.●



HEINZ DER HEINZEL MEINT :



Parlamentsklüngel

Wenn es um die eigene Tasche geht, sind sich die Abgeordneten aller Parteien einig; sie halten bereitwillig die Hand auf und kassieren.

Das zeigte sich wieder bei der Nachricht, daß führende Bundestags-Abgeordnete aus allen Parteien für Jurysitzungen Tagesgelder bis zu DM 9ooo.- nahmen. Bundestagspräsidentin A.Renger (SPD) erhielt 36oo.-, R.Stücklen (CSU) 7ooo.- und Kai Uwe von Hassel (CDU) 46oo.- DM.

Alles aus der Staatskasse, von unseren Steuergroschen. Der Ältestenrat des Bundestages sieht Tagesgelder,je Jurysitzung bis zu DM 1ooo.-, durchaus als Regel an. Sie wissen schon zu nehmen unsere Volksvertreter. Und den Vorwurf, kleinlich zu sein, kann man ihnen nicht machen.

Wie kann man von denen, die solche Summen einstecken, erwarten, daß sie noch Verständnis für die Sorgen der Bürger, die sie gewählt haben, aufbringen können. Mit jeder Mark, die in ihren Taschen klingt, entfernen sie sich weiter vom Durchschnittsbürger, der sich mit Preissteigerungen und Steuersatz abfinden muß. Ihr Verhalten zeigt doch deutlich, für was sie uns Bürger halten, nämlich für Stimmvieh, das alle vier Jahre einmal aufgerufen wird, sie zu wählen!●

BONZEN TREFFEN

Der Bundesvorstand der Deutschen Arbeitgeberverbände rief seine Jongleure aus den Vorstandsetagen um gegen das ganz bescheidene Mitbestimmungsmodell der Koalitionsregierung Stimmung zu machen. Daraufhin sammelten sich vor der Messehalle 8 viele Kollegen aus Kölner Betrieben. Die Kumpels trafen auf ein großes Polizeiaufgebot und fragten sich, wen die Polizei wohl schützen sollte. Ihnen konnte bei einer solchen Ansammlung von Ordnungsmacht ja nichts geschehen.

Ab 9.30 Uhr sah man dann die Luxus-Limousinen anrollen; es entstiegen ihnen die Säulen unserer Gesellschaft die die Verantwortung für uns alle tragen. Man sah es an den Gesichtern,ihre Bräune unterschied sich von Bräune der Kumpels.Holen sie sich doch ihr Braun unter ewiger Sonne und der Kumpel das seine am Hochofen.

Gegen 1o.3o Uhr fuhr der Boß, NS-Schleyer, vor. Er wurde mit einem Pfeifkonzert von den Kollegen empfangen. Da den Kollegen trotz Eintrittskarte der Eintritt verweigert wurde, griffen etwa 1oo zur Selbsthilfe und gingen geschlossen in die Messehalle. Dort wurden sie sogleich von den Versammelten in Empfang genommen. Einzelne Arbeitgeber schrien zwar keine feinen, dafür aber bekannte Sprüche, wie:"gehören alle in die Gaskammer..." oder: "früher wärt ihr alle erschossen worden!" Den Rest und einen Kommentar kann man sich an dieser Stelle ersparen. Dadurch ließen sich einige Kollegen zur heftigen Diskussion hinreißen. In der ersten halben Stunde sah es so aus, als würde das große Bonzentreffen auf Grund der heftigen Zwischenrufe abgebrochen. Die Sprechchöre steigerten sich, als NS-Schleyer die Kollegen als Chaoten und Eindringlinge hinstellte. Ein Kollege war über diese Äußerungen so empört, daß er spontan zum Rednerpult hinlief und seine Einladung präsentierte.
NS-Schleyer wußte, was die von ihm eingeladenen Arbeitgeber erwarteten; seine Rede war eine einzige Schimpfkanonade gegen die Gewerkschaften und die Regierung.
Die Kollegen, die sich in schlechter Gesellschaft fühlten, verließen demonstrativ den Saal. Abschließend ist zu sagen, daß weder Maoisten, Titoisten oder sonstige linke Gruppen an dieser Aktion beteiligt waren, wie es die bürgerliche Presse schrieb, sondern ausschließlich Kumpels aus den Betrieben●